



An den  
Bürgermeister der Stadt Rheine  
Herrn Dr. Peter Lüttmann  
Klosterstraße 14

48431 Rheine

Rheine, den 18.05 2025

**Antrag: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete abzulehnen und von der OPT-Out-Option Gebrauch zu machen.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bitten Sie, den folgenden Änderungsantrag zu TOP Ö10, Vorlage 148/25 in der Sitzung des kommenden Sozialausschusses vom 21.05.2025 zur Abstimmung zu bringen:

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Einführung einer Bezahlkarte abzulehnen. Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherige Praxis der Leistungsauszahlung beizubehalten und von der sog. „Opt-Out-Regelung“ Gebrauch zu machen.

**Begründung:**

In der Vorlage Nr. 148/25 der Verwaltung werden Ziele/Vorteile und Nachteile der Einführung einer Bezahlkarte gegenübergestellt:

Auf dem Hintergrund der vielen aufgelisteten Nachteile, die noch ergänzt werden könnten, erstaunt das „Fazit“ der Verwaltung, „ungeachtet dieser Schwierigkeiten“ an der Einführung der Bezahlkarte festzuhalten. Letztendlich bleibt die Empfehlung unbegründet und nicht nachvollziehbar. Die Nachteile überwiegen – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt - vermeintlichen Vorteilen und Zielen. Die Stadt verweist darauf, dass zusätzliche Personalkosten erst nach einer Pilotphase zu ermitteln seien. Dies wird von anderen Kommunen deutlich anders bewertet. So hat beispielsweise die Stadt Marl errechnet, dass bei Einführung der Bezahlkarte pro Geflüchteten ein Mehraufwand von 30 Minuten monatlich anzunehmen ist. Dies bedeutet für Rheine einen zusätzlicher Personalaufwand von mindestens einer halben Stelle.

Wir sind der Meinung, dass die derzeit geplante Umsetzung der Bezahlkarte auf Landesebene mit erheblichen technischen, datenschutzrechtlichen und ethischen Bedenken verbunden ist.

Festzuhalten ist, dass die Einführung der Bezahlkarte einen bürokratischen Mehraufwand erzeugen und zeitliche sowie personelle Ressourcen der Stadtverwaltung binden wird, die wir – auch aufgrund der Schwierigkeit Stellen zu besetzen – nicht haben. Mit Blick auf die Arbeitslast im Bereich

Asylangelegenheiten lehnen wir diesen zusätzlichen Aufwand ab. Für die Stadt Rheine ist kein Vorteil in der Umstellung auf das Bezahlkartensystem erkennbar.

Darüber hinaus betrachten wir die Bezahlkarte für Asylbewerber\*innen nach Zuweisung in unseren Ort als fragwürdig. Die Selbstbestimmung von Geflüchteten wird massiv eingeschränkt. Das Gebot die Würde aller Menschen zu achten wird verletzt. Es wird von einem pauschalen, misstrauischen Bild ausgegangen, dass alle Asylbewerbenden in deren Gleichbehandlung diskriminiert. Die Bezahlkarte grenzt vom Alltagsleben aus, denn an vielen Stellen wird weiterhin nur Bargeld akzeptiert (Flohmarkt, Secondhand-Läden, Kioske, etc.). Damit würde die vorgesehene Bezahlkarte das Ankommen und die Teilhabe sowie Integration erschweren und die Ziele, die mit der Bezahlkarte einhergehen sollen, sind wegen des möglichen missbräuchlichen Einsatzes ebenso nicht erreichbar. Ein klassisches Girokonto bedeutet mehr Selbstbestimmung und erleichtert insbesondere die Integration in den Arbeitsmarkt, auf die wir dringend angewiesen sind.

Abschließend möchten wir auf die Rechtsunsicherheit bzgl. der Bargeldobergrenze hinweisen:

So haben die Sozialgerichte Hamburg (S 7 AY 410/24 ER) und Nürnberg (S 11 AY 15/24 ER und S 11 AY 18/24 ER) diese Begrenzung per Eilentscheidung als rechtswidrig eingestuft.

Erste Erfahrungen in Kommunen, wo die Bezahlkarte bereits eingeführt wurde, belegen eindrücklich, dass damit verbundene Ziele nicht erreicht werden.

Solange die Bezahlkarte nicht technisch und datenschutzkonform verlässlich sowie im Hinblick auf das Menschenbild und die sozial-ethischen Gründe als sozial verträglich gestaltet werden kann, lehnen wir die Einführung ab. Eine unabhängige Evaluation der Erprobungen ist hier ebenso erforderlich wie auch die Prüfung der Wirksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen für die antragstellenden Fraktionen,

Für die Fraktion



*Silke Friedrich*

Silke Friedrich  
Fraktionssprecherin

Christian Jansen  
Stellvertretender Fraktionssprecher

Für die Fraktion



*D. Bems*

Dominik Bems  
Fraktionsvorsitzender